

Jugendkultur unter Brückentrümmern



Der Phantasie sind Grenzen gesetzt: Im Januar fällt die Luitpoldbrücke und die kunstvollen Jugend-Graffitis gehen mit drauf. Photo: Stadtjugendring

Überraschend jugendfreundlich zeigte sich die Stadt und unterstützte großzügig eine Aktion des Stadtjugendrings. Im Rahmen des Projekts „Poliwork“ wollten Jugendliche Brückentruer am Ufer des Rhein-Main-Donau-Kanals mit ein paar ab-

gespaceten Graffitis aufpeppen. Bei Poliwork setzen sich Jugendliche ehrenamtlich für ihre Stadt ein und werden dabei von KommunalpolitikerInnen finanziell unterstützt.

Pate der Brücken-Gruppe war Udo Schoberth von der FDP, der für die Spray-Farben und die Verpflegung der Jugendlichen am Aktionstag sorgte. Die weiße Untergrundfarbe stellte das Baureferat sogar selbst zur Verfügung.

Ein supercooler Baureferent, mag man sich da denken. Doch halt – welche Brücke war's noch mal, die den jungen SprayerInnen zur Verfügung gestellt wurde? Die Luitpoldbrücke – Ab-

riss in einem halben Jahr.

Zwar ist ein Haltbarkeitsdatum von sechs Monaten für jedeN Graffiti-KünstlerIn schon eine halbe Ewigkeit – und die PoliworkerInnen ließen sich deshalb ihre Pläne auch von der Abrissnachricht (erst einen Tag vor der Aktion) nicht vermasseln.

Aber dennoch: Kann man als Stadtverwaltung der Aktion Poliwork größeren Hohn antun? Raum für Jugendkultur ja, aber bitte nur, wenn das ganze möglichst bald, einfach und restlos wieder verschwindet?

Noch sind die Graffitis zu bewundern. „Ausstellungsende“ Januar 2005.

Nachrichten aus der Grünen Jugend

GANZ NACH „OBEN“ hat es inzwischen Sebastian Brux geschafft. Vor kurzem wurde er beim Bundeskongress der bündnisgrünen Jugendorganisation als Beisitzer in den achtköpfigen Bundesvorstand gewählt. Seine Schwerpunkte sind Sozialpolitik, das grüne Konzept zur BürgerInnenversicherung, die Weiterentwicklung der Ökologischen Steuerreform, die Abschaffung der Wehrpflicht, Gleichstellungspolitik und ein verbesserter Klimaschutz in einem Kyoto II-Prozess.

Sebastian Brux wurde 1983 geboren und ist seit 2000 Mitglied der Grünen Jugend und der Partei

Bündnis 90/Die Grünen. Vor zwei Jahren wurde er zum Ortssprecher von Engenthal im Marktgein-derat von Elfershausen gewählt. Seinen zweiten Lebensmittelpunkt hat er nach Bamberg verlegt, wo er seit Oktober 2003 Soziale Arbeit an der Universität studiert.

Seine Homepage: www.sebastian-brux.de.vu.



Sebastian Brux

GALiges Vorsicht Wildpinkler

Männer müssen künftig ein bisschen mehr die Beine zusammenzwicken, wenn sie in der Innenstadt ein lästiger Drang überfällt. Einfach in die nächste Gasse stellen und die erstbeste Hausmauer anpinkeln, ist nicht mehr. Es sei denn, man(n) leistet sich's. Denn neuerdings ist die Polizei angehalten, das – fachterminologisch korrekt benannte – „wilde Urinieren“ auf der Stelle und vor Ort zu ahnden, sozusagen auf noch „frischer“ Tat. Die unappetitlichen Verrichtungen des starken Geschlechts sorgen nämlich in mit Gaststät-

ten und Imbissen übermäßig ausgestatteten Straßen wie der Langen Straße oder der Sandstraße immer wieder für Ärger und nicht gerade für eine Aufwertung als Bummelmeile.

Das verbotswidrige Wasserlassen in der Öffentlichkeit kostet übrigens 25 Euro, wenn einen die Polizei erwischt. Aber halt nur dann – denn die Polizei kann ja auch nicht überall sein. Man könnte freilich darüber nachdenken, künftig die Aufgaben des PÜD zu erweitern: zum PUPÜD – Park-und-Pinkel-Überwachungsdienst ...



Alles lecker -
alles bio -
alles frisch!

Naturkost aus dem
Fachgeschäft
der Innenstadt.

BioKost
aus Natur!
Endres

Schützenstraße 1A · 96047 Bamberg
tel. 09 51 / 20 19 13 · fax 20 19 12
e-mail: biokost@bioendres.de

Bio isst
einfach besser!

Leckere, biologische,
frische Lebensmittel
aus dem Fachmarkt.

BioMarkt
aus Natur!
Endres

Mosstraße 97 · 96050 Bamberg
tel. 09 51 / 917 60 68 · fax 917 60 69
e-mail: markt@bioendres.de

Wir bringen's
für Sie!

Biokost aus dem
Fachmarkt direkt
zu Ihnen nach Hause.

Bio auf Tour
Liefer-Service a. Abh.
Endres

Mosstraße 97 · 96050 Bamberg
tel. 09 51 / 917 60 70 · fax 917 60 69
e-mail: tour@bioendres.de

NAH- UND FERN
UMZÜGE
PETER SCHIELE
Auslandstransporte
Möbel- und Küchenmontage
Möbellagerung · Außenaufruf
96052 · Gundelsheimer Str. 100
☎ (09 51) 6 93 39 · Fax 6 73 40



RATHAUSMA GATZ IN

Bürokratisch zum Stolpern gebracht

Das Projekt „Stolpersteine“ des Künstlers Gunter Demnig hat in ganz Deutschland Furore gemacht und soll nun auch in Bamberg verwirklicht werden. Die „Stolpersteine“ sind gravierte Pflastersteine, die in Gehwegen vor Häusern installiert werden, um an die Opfer des Nationalsozialismus zu erinnern, die dort wohnten. Finanziert werden die Steine meist von Bürgern und Bürgerinnen, die oft heute in den jeweiligen Häusern wohnen.

Die Willy-Aron-Gesellschaft (benannt nach dem jüdischen Jungsozialisten Willy Aron, der 1933 im KZ ermordet wurde) brachte die Stolpersteine für Bamberg auf den Weg – und geriet ganz schön ins Straucheln. Denn im Rathaus begegnete man dem ideellen Erinnerungsprojekt erst mal mit juristischen Reglements und bürokratischen Anforderungen. Erst auf Nachhaken von GAL und SPD war der OB bereit, sich etwas kulanter zu zeigen und genehmigte dann zügig die Installation der ersten Stolpersteine

durch den Künstler im Dezember.

Doch ganz ohne Bürokratie geht nix: Die Hauseigentümer, vor deren Haus ein Stolperstein platziert werden soll, müssen schriftlich ihr Einverständnis erklären. Es muss eine Sondernutzungserlaubnis beantragt werden – natürlich mit der entsprechenden Gebühr. Und für mögliche Beschädigungen verlangt die Stadt eine Kautions von 30 Euro.

Bleibt zu hoffen, dass die Resonanz in der Öffentlichkeit so groß sein wird, dass man künftig auch im Rathaus etwas mehr Herz für die Stolpersteine zeigt.

gatz als Lauersches Sprachrohr?

Empörte Beschwerden kamen aus dem Rathaus als Reaktion auf einen Artikel in der gatz Nr. 62 über die Bamberger Praxis der Städtepartnerschaften: Die Vorwürfe der gatz, es handle sich um inhaltslose Besuchsreisen, bei denen sich vornehmlich Stadtratsdelegationen kostenlose Kulturreisen in die Partnerstädte gönnen, seien so nicht haltbar.

Man verwies auf neue Entwicklungen und Pläne, die tatsächlich einige Kritikpunkte aus der gatz aufnehmen und Verbesserungen versprechen.

Da die gatz-Redaktion für Kritik jeglicher Art offen ist, boten wir an, eine zuständige Person aus der Stadtverwaltung könne in Form eines Gast-Kommentars in der Nummer 63 ihre Gegenargumente darstellen. Doch umgehend zog Oberbürgermeister Lauer die Notbremse: offizielle städtische Äußerungen in der gatz – undenkbar!

Im Rathaus durfte zwar ein Text verfasst werden, der sollte aber nach Wunsch des Oberbürgermeisters so erscheinen, als stamme er von der gatz-Redaktion selbst. Es sollte wohl den Eindruck erwecken, die gatz schwenke nun geläutert auf Lobpreisungen städtischer Partnerschaftspolitik ein.

Vielleicht meint OB Lauer ja wirklich, es sei zumindest einen Versuch wert, die gatz in ihrer 63. Ausgabe endlich doch noch zu einem Verlautbarungsorgan der Stadtverwaltung umzufunktionieren.

Sorry – Versuch fehlgeschlagen!

Politisch flexibel

Dass Hartz IV ein ziemlich umstrittenes Thema war und ist, weiß jeder. Nicht mehr so ganz erinnern können sich die meisten wohl daran, dass zu Beginn der Hartz-Diskussionen auch die Kommunen kräftig mitgemischt haben. Sie befürchteten nämlich, dass sie auf einem wesentlichen Teil der Kosten sitzen bleiben, wenn Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe zusammengelegt werden.

Von der Opposition wurden diese Sorgen natürlich massiv ausgenutzt, obwohl sie die Hartz-Reformen nicht nur mit erarbeitet, sondern auch mitgetragen hat. Schließlich sagte Bundesfinanzminister Eichel zu, dass per „Revisionsklausel“ genau abgerechnet würde, welche Zusatzkosten die Kommunen haben und diese dann ersetzt würden.

OB Lauer wettete jedoch weiterhin, glaubte diese Zusatzkosten nicht (oder gab es jedenfalls vor) und jammerte fortwährend über leere Kassen. Bis zu 11 Millionen Euro würden durch Hartz IV im Haushalt fehlen, ließ er verkünden, und schuld

sei natürlich die kommunalfeindliche Politik von Rot-Grün (die mitverantwortliche Union ließ er dabei galant aus dem Spiel ...).

Ein paar Monate später, als dieses Thema nicht mehr in den Schlagzeilen war, schien Oberbürgermeister Lauer aber plötzlich von der Integrität, Zuverlässigkeit und Glaubwürdigkeit der rot-grünen Bundesregierung überzeugt zu sein. Denn jetzt ging es um die Aufstellung des städtischen Haushalts, und der musste ausgeglichen sein. Wenn man aber von Ausgaben in Millionenhöhe für Hartz IV ausgeht, kann man das Geld nicht mehr für was anderes verplanen.

Also zeigte sich der Oberbürgermeister eben politisch flexibel, machte einfach eine 180-Grad-Wende, berief sich von nun an auf den Glauben an die Eichelsche Zusage der Revisionsklausel, und ging nun davon aus, dass Hartz IV keine Kosten für die Stadt Bamberg verursacht.

Man könnte das pragmatische Etataufstellung nennen – oder auch Politik mit parteipolitischen Kalkül.